



SDA-Bulletin

Zürich, 17. August 2020

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates

Drei neue Mitglieder sind am Montag im Kantonsrat eingetreten. Das Amtsgelübde geleistet haben Florian Heer (Grüne, Winterthur) ([KR-Nr. 261/2020](#)), Susanna Lisibach (SVP, Winterthur) ([KR-Nr. 262/2020](#)) und Anne-Claude Hensch Frei (AL, Zürich) ([KR-Nr. 263/2020](#)).

Der Kantonsrat hat ein neues Mitglied des Baurekursgerichtes für den Rest der Amtsdauer 2017-2023 gewählt ([KR-Nr. 208/2020](#)).

Der Kantonsrat hat ein Postulat der FDP diskussionslos überwiesen, mit dem der Regierungsrat prüfen soll, ob das aktuelle Modell der stationären und ambulanten Pflegefinanzierung noch zeitgemäss ist und welches Verbesserungspotenzial besteht ([KR-Nr. 12/2020](#)).

Ein Postulat von SVP und GLP ist vom Kantonsrat diskussionslos dem Regierungsrat überwiesen worden. Mit dem Vorstoss wird eine kostengünstige digitale Plattform zu den Notfalltreffpunkten im Kanton Zürich gefordert ([KR-Nr. 104/2020](#)).

Der Kantonsrat hat eine parlamentarische Initiative der SVP mit 96 zu 71 Stimmen abgelehnt, mit der eine Räumung besetzter Häuser innerhalb von 72 Stunden gefordert wurde ([KR-Nr. 109/2018](#)).

Der Kantonsrat hat den von der vorberatenden Kommission und vom Regierungsrat beantragten Änderungen im Zusatzleistungsgesetz (ZLG) in erster Lesung ohne Gegenantrag zugestimmt ([5608](#)). Bei den Änderungen handelt es sich um einen Nachvollzug von Bundesrecht.

Die parlamentarische Initiative der Grünen, der SP und der EVP, mit der gefordert wird, dass die Kompetenz zur Verlängerung von Arbeitsbewilligungen von Asylsuchenden mit Negativentscheid an die Kantone übertragen werden soll, ist vom Kantonsrat mit 67 Stimmen vorläufig unterstützt worden ([KR-Nr. 357/2018](#)). Die Initiative wird nun einer Kommission zur weiteren Beratung überwiesen.

Der Kantonsrat hat eine parlamentarische Initiative der FDP, mit der eine vorgängige schriftliche Informationspflicht bei der Verhängung von Planungszonen gefordert wird, mit 84 Stimmen vorläufig unterstützt ([KR-Nr. 48/2019](#)). Die Initiative wird nun einer Kommission zur weiteren Beratung überwiesen.

Der Kantonsrat hat eine Änderung des Gesetzes über Controlling und Rechnungslegung betreffend die gerichtliche Kontrolle von gebundenen Ausgaben in der Schlussabstimmung mit 82 zu 60 Stimmen verabschiedet ([KR-Nr. 30/2017](#)). Die auf den Streit um das elektronische Patientendossier basierende Verfassungsänderung könnte dazu führen, dass Bürger sich neu bereits ab einem Betrag von 4 Millionen Franken auf politischem Weg gegen gebundene Ausgaben des Regierungsrates wehren können. Die bisherige Grenze lag bei 6 Millionen. Definitiv über die Verfassungsänderung entscheiden muss nun das Stimmvolk.

Einer Änderung des Steuergesetzes betreffend Maklerprovisionen, Gewinne aus Geldspielen, steuerliche Massnahmen im Gebäudebereich und internationale Steuerauscheidung

hat der Kantonsrat in der Schlussabstimmung ohne Gegenstimme zugestimmt ([5548](#)).

Ohne Gegenstimme hat der Kantonsrat in der Schlussabstimmung einer Änderung des Steuergesetzes zugestimmt, bei der es um die nachträgliche ordentliche Veranlagung von quellenbesteuerten Personen geht ([5549](#)).

Das Postulat von SP und AL, mit dem eine kostenfreie Abgabe von Atemschutzmasken im Kanton Zürich gefordert wird, wird nicht dringlich behandelt ([KR-Nr. 270/2020](#)). Für die Dringlichkeit haben sich 39 Ratsmitglieder ausgesprochen. Nötig gewesen wären 60.

Der Kantonsrat hat mit 102 zu 67 Stimmen bei 2 Enthaltungen einer abgeänderten parlamentarischen Initiative der SVP zugestimmt ([KR-Nr. 110/2016](#)). Mit der Initiative war ein 3-Prozent Quorum als Hürde für den Eintritt in den Kantonsrat gefordert worden. Der Rat folgte aber dem Vorschlag der vorberatenden Kommission, wonach eine Partei für den Einzug ins Parlament entweder 5 Prozent der Stimmen in einem Wahlkreis oder 3 Prozent aller Stimmen erhalten muss.

Der Kantonsrat hat in erster Lesung mit 85 zu 77 Stimmen bei einer Enthaltung einer geänderten parlamentarischen Initiative der FDP zugestimmt, mit der die Zahl der Ämter und Positionen, die mit einem Kantonsratsamt unvereinbar sind, ausgedehnt wird ([KR-Nr. 283/2016](#)). Die Schlussabstimmung dazu findet in rund vier Wochen statt.

Die parlamentarische Initiative der SVP, mit der das Abzahlen oder Abarbeiten von Schäden wegen grober Verunreinigung und Vandalismus gefordert wurde, ist vom Kantonsrat mit 116 zu 42 Stimmen abgelehnt worden ([KR-Nr. 249/2016](#)).

Der Kantonsrat hat sich mit der parlamentarischen Initiative der Geschäftsleitung des Kantonsrates betreffend Veränderungen des Beschäftigungsgrades der Richterinnen und Richter auseinandergesetzt ([KR-Nr. 344/2017](#)). Er stimmte in erster Lesung dem Entwurf einer Minderheit der vorberatenden Kommission ohne Gegenantrag zu. Die zweite Lesung findet in rund vier Wochen statt.

(sda/nic.)